

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Klaus von Dohnanyi, Erster  
Bürgermeister der Freien  
und Hansestadt Hamburg,  
nennt die Mitbestimmung  
einen Weg aus der Krise  
der Entscheidungsstruktu-  
ren. Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen  
MdB belegt, wie Minister  
Riesenhuber der Mitbestim-  
mung in den Großforschungs-  
einrichtungen den Garaus  
machen will. Seite 3

Ottmar Schreiner MdB be-  
richtet über Ergebnisse  
einer Informationsreise  
in die Türkei. (Teil II).  
Seite 5

### Dokumentation

Der baden-württembergische  
SPD-Landesvorsitzende  
Ulrich Lang über Theodor  
Heuss und die Liberalität  
in unserer Zeit.  
Seite 7

39. Jahrgang / 21

30. Januar 1984

CDU und FDP mauern gegen die Interessen der Beschäftigten

-----  
Paritätische Mitbestimmung für Hamburgs öffentliche Unter-  
nehmen

Von Klaus von Dohnanyi,  
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg  
und Mitglied des Vorstands der SPD

Das Wort "Strukturkrise" ist heute in aller Munde. Nur allzu leicht wird jedoch übersehen, daß es dabei nicht nur um Probleme einzelner Branchen oder Regionen geht. Wir haben es auch mit einer Krise der Entscheidungsstrukturen zu tun. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften erleben das immer wieder aufs Neue: Wenn die Personalpolitik ein einziges Heuern und Feuern ist anstelle eines weitestmöglichen internen Ausgleichs von Beschäftigungsschwankungen; wenn Unternehmen ihrer - vom Verfassungsgericht unterstrichen - Pflicht zur Ausbildung nicht oder nur ungenügend nachkommen; wenn Fortbildungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten verbaut werden. Eine der Antworten von SPD und Gewerkschaften hierauf ist die Forderung nach einem Ausbau der Mitbestimmung.

Das Ziel einer "Demokratisierung der Wirtschaft" verspricht derzeit bundesweit keine Fortschritte. Und dennoch: Die Gefahr einer Aushöhlung der Montanmitbestimmung durch die Bonner Rechtskoalition ebenso wie die ja verbliebenen Reformansätze auf Länderebene geben gewerkschaftlichen Vorstößen in der Mitbestimmungsfrage auch jetzt ihren Sinn. Ein positives Beispiel hierfür haben wir kürzlich in Hamburg geschaffen.

Die ganz oder mehrheitlich im Eigentum der Stadt befindlichen Unternehmen, so die gemeinsame Erkenntnis von SPD und Gewerkschaften in der Hansestadt, müssen stärker Vorbildfunktionen erfüllen so wie sie auch stärker der Durchsetzung landespolitischer Zielvorgaben dienen sollen. Der Stadtstaat Hamburg ist an mehr als 150 Unternehmen beteiligt;

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Vervielfältiger  
ausverkaufter, Rakonitz  
Kopierpapier



cirka 29.000 Beschäftigte und cirka 1.400 Auszubildende haben hier ihren Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Das Verhalten dieser öffentlichen Unternehmen bestimmt nicht nur die Qualität des Dienstleistungsangebots, sondern auch die Qualität der Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten.

In diesem Sinne handelte der Senat nur konsequent, wenn er - über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus - auch für die kleineren, bis zu 500 Beschäftigte zählenden öffentlichen Unternehmen der Stadt jetzt die Einführung der paritätischen Mitbestimmung beschloß (ausgenommen die Tendenzbetriebe).

Ein Beschlüsselement, das ich nicht verschweigen will: Um die Verantwortung der Landesregierung sicherzustellen, ist für alle öffentlichen Unternehmen vorgesehen, daß jeweils ein Vertreter des öffentlichen Eigentümers oder Mehrheitsaktionärs den Aufsichtsratsvorsitz übernimmt. Sein Zweitstimmrecht, mit dem eventuelle Patt-Situationen aufgelöst werden können, entspricht der besonderen Verantwortung des öffentlichen Eigentümers: Er kann und darf sich im Zweifel nicht der Chance begeben, die von Parlament und Regierung repräsentierte politische Verantwortung für die Aufsichtsorgane der Unternehmen auch durchzusetzen.

Die Substanz des Mitbestimmungsbeschlusses wird dadurch nicht wirklich geschwächt. Es bleibt dabei: Wir wollen eine Ausweitung der Mitbestimmung. Wir wollen in den öffentlichen Unternehmen mehr Einfluß für die Vertreter der Arbeitnehmer, weil die Entscheidungen über Umfang, Art und Ausrichtungen von Investitionen, über Rationalisierungsprozesse bis hin zur gesamten Personalpolitik die Beschäftigten existenziell berühren.

CDU und FDP zeigen in ihren Reaktionen auf unser Vorhaben einmal mehr, für wie unmündig sie die Arbeitnehmer und ihre gewählten Interessenvertreter halten. Wer, wie der Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzende Perschau, von einer "Minimierung wirtschaftlichen Sachverständes" und einer "Maximierung ideologischer Steuerung" spricht, zeigt nicht nur Verachtung für legitime Beschäftigteninteressen. Er macht auch deutlich, daß er aus über dreißig Jahren Erfahrungen mit der Mitbestimmung nichts gelernt hat.

(-/30.1.1984/ks/va)

+ + +



Riesenhuber schlägt bei den Großforschungsanlagen zu

Forschung, Technologiepolitik und die Mitbestimmung haben das Nachsehen

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Ein beschämender Vorgang spielt sich zur Zeit um die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF) in Braunschweig-Stöckheim ab. Da setzt der Bund mit dem Land Niedersachsen in der Gesellschafterversammlung dieser Forschungseinrichtung gegen die Stimmen aller vertretenen Wissenschaftler die Schließung einer Abteilung für pflanzliche Zellkulturen durch - gegen den Rat vieler angesehenen Experten. Da sollen am 10. Februar weitere vier Abteilungen geschlossen werden und eine Neustrukturierung vorgenommen werden. Dies erfolgt ohne daß das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) zuvor in einem Programm Biotechnologie die Schwerpunkte seiner weiteren Forschungspolitik für die nächsten Jahre zuvor formuliert hat. Dies erfolgt, ohne daß der Forschungsminister Riesenhuber ein Konzept für die künftige Struktur und Schwerpunktsetzungen der Großforschungseinrichtungen zuvor entwickelt hat.

Die Neustrukturierung der GBF hängt auch nach dem Vorpreschen des BMFT in der Luft, ist keineswegs gesichert. Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Probst hat dieses selbst bestätigt, für ihn ist die Sanierung der GBF "nicht gesichert".

Betroffen von diesen überstürzten Entscheidungen ist auch die Kernforschungsanlage Jülich. Hier leistet das Institut für Biotechnologie international anerkannte wissenschaftliche Arbeit und ist wichtiger Partner der in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der Biotechnologie tätigen Industrie geworden. Das BMFT und das Land Niedersachsen spekulieren offenbar darauf, die Professoren Sahn und Wandrey durch Beruungsverhandlungen auf attraktive Institute aus Nordrhein-Westfalen abwerben zu können und damit der aktiven biotechnologischen Forschungslandschaft Nordrhein-Westfalens Schaden zuzufügen. "Konzentration" ist die Devise des BMFT. Nur erfordert die Biotechnologie keine Großgeräte, ist also keine Großforschung wie etwa die Kernenergie oder die Atomphysik. Es gibt keinen Grund, die in Universitäten, Marx-Planck-Institute, wissenschaftlich-industrielle Forschungszentren und Großforschungsinstitute gegliederte biotechnologische Forschungslandschaft weiter zu konzentrieren.



Das Vorgehen des BMFT in der GBF ist aber gleichzeitig ein Anschlag auf die 1971 eingeführte Mitbestimmung der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter an Großforschungseinrichtungen. Gegen den erklärten Willen sämtlicher Fraktionen im Forschungsausschuß hat der Minister die Auflösung des Wissenschaftlich-Technischen Rates, des Mitbestimmungsorgans mit drittelparitätischer Beteiligung der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter, durchsetzen lassen. Er hat damit die 1971 erlassenen Leitlinien zu Grundsatz-, Struktur- und Organisationsfragen für die GBF außer Kraft gesetzt. Damit ist die Mitbestimmung für viele Tausend Beschäftigte in großen Forschungseinrichtungen, in Jülich, in Karlsruhe, in der DFVLR und anderswo akut gefährdet. Die Sozialdemokratischen Abgeordneten im Forschungsausschuß werden sich diesen Plänen des Ministers widersetzen. Noch gibt es den Konsens in der Forschungspolitik, daß die Mitwirkung aller wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter in den Organen einer Großforschungseinrichtung, die sich auf anwendungsorientierte Forschung und technische Entwicklung konzentriert, weder ein Investitions- noch ein Erkenntnis-Hindernis darstellt. Mitbestimmung darf nicht vor den Toren dieser Einrichtungen des Bundes enden.

Und das Land Niedersachsen folgt den Maßnahmen des BMFT in Braunschweig-Stöckheim in blinder Gefolgschaft, geködert durch die vage Hoffnung, die Jülicher Forschungsgruppe im Rahmen einer "Paketlösung" nach Braunschweig-Stöckheim ziehen zu können. Diese Rechnung des Landes Niedersachsen könnte sich als sehr kurzsichtig erweisen.

(-/30.1.1984/ks/va)

+ + +



Was wird aus der Türkei?

## Ergebnisse und Bewertung einer Informationsreise (II.)

Von Ottmar Schreiner MdB

Der zweitgrößte Gewerkschaftsdachverband DISK entstand 1967 aus einer Abspaltung vom größten Dachverband TÜRK-IS (DISK: circa 500.000, TÜRK-IS: circa 1,2 Millionen Mitglieder). Ihrem Selbstverständnis nach war DISK eine antikapitalistische, kämpferische Gewerkschaft, deren Handlungsraum neben einer entschiedenen Lohnpolitik auch Straßendemonstrationen und ähnliches einschloß. Während die Einheitsgewerkschaft TÜRK-IS im Zeitraum 1960 bis 1979 von gemäßigten RVP-Angehörigen geführt wurde, und die auf die konservative Gerechtigkeitspartei orientierte Fraktion nach und nach die Oberhand gewann, entwickelte sich DISK zum organisatorischen Zentrum von systemkritischem Protest mit starkem Anhang in der jungen Generation, vor allem auch der Studenten. Das politische Spektrum von DISK (28 Mitgliedsgewerkschaften) reichte von Volksrepublikanern bis Kommunisten. Fünf von sieben Vorstandsmitgliedern waren RVP-Mitglieder, der Vorsitzende Bastürk galt nach Austritt aus der RVP als unabhängiger Sozialist. Es ist außerdem zu berücksichtigen, daß der jetzt auf der Anklagebank sitzende DISK-Vorstand nach heftigen innergewerkschaftlichen Kämpfen den kommunistischen Einfluß erheblich zurückdrängen und den alten Vorstand ablösen konnte. Der jetzige Vorstand ist insoweit auch Produkt von Flügelkämpfen, bei denen sich die sozialdemokratisch-sozialistische Fraktion gegen den kommunistisch orientierten Flügel durchgesetzt hatte.

Der Willkürcharakter des DISK-Prozesses erhellt sich auch daraus, daß ein Großteil der im Verfahren vorgelegten "Beweisstücke" der Staatsanwaltschaft nicht aus der Amtszeit des jetzt vor Gericht stehenden Vorstands stammt, sondern aus der Amtsperiode des von der jetzigen Führung heftig bekämpften Vorgängervorstands. Seit der Militärintervention ist DISK suspendiert, das heißt praktisch verboten. Nach dem Militärputsch von 1980 wurden die führenden Funktionäre von DISK und den angeschlossenen Einzelgewerkschaften verhaftet und in militärische U-Haft genommen. Der Militärgerichtsprozeß in Istanbul-Metris gegen mehr als 70 Angeklagte (darunter einige der "Sympathisantenschaft" bezichtigte, wie zum Beispiel der frühere RVP-OB von Istanbul, der mit über 64 Prozent der Stimmen gewählt wurde) begann im Dezember 1981. Die Militärstaatsanwaltschaft wirft den Angeklagten die Errichtung der Diktatur einer Gesellschaftsklasse über eine andere vor. (Artikel 141 türkisches StGB: Zuchthaus von acht bis fünfzehn Jahren) sowie den gewaltsamen Versuch, die Verfassung der türkischen Republik zu verändern (Artikel 146 türkisches StGB: Todesstrafe). Nach uns sehr zuverlässig erscheinenden übereinstimmenden Berichten wurden die Angeklagten dieses wie anderer Prozesse in der Überwiegenden Mehrheit gefoltert und mißhandelt. Auch gegenwärtig soll vor allem in den Polizei-, gelegentlich auch noch in den Militärgefängnissen gefoltert und mißhandelt werden. Entgegen der offiziellen Darstellung, wonach Mißhandlungen keine "staatspolitische Methode" seien, bemühte sich die Staatsgewalt aus optischen Gründen nur in den Fällen von Folter mit Todesfolge um eine Strafverfolgung. In den letzten drei Jahren seien nur etwa zehn Fälle bekannt geworden, in denen Folterknechte vor Gericht gestellt worden seien. Im Verlauf eines Gesprächs mit dem Abteilungsleiter Strafjustiz beim Justizministerium wurde uns erklärt, in der Türkei verhalte es sich ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit der Baader-Meinhoff-Prozesse: auch in Deutschland sei die Staatsanwaltschaft des Mordes an den Gefangenen bezichtigt worden, dies entspräche natürlich nicht der Wahrheit...

Eine wirksame Rechtsvertretung ist nicht möglich. Vor allem jüngere Rechtsanwälte sollen häufig aus dem Prozeß heraus für einige Tage verhaftet und ins Militärgefängnis gesteckt werden. Die Anwälte, die meist kostenlos verteidigen, würden zudem in den finanziellen Ruin getrieben, da fiktive Rechtsanwaltsgebühren angenommen würden, die zu versteuern wären.



Der Prozeß gegen die DISK-Gewerkschaftsführung ist rein politischer Natur. Den Angeklagten werden keinerlei konkrete Gewalttätigkeiten vorgeworfen. Hauptgegenstand des Verfahrens sind legale gewerkschaftliche Aktivitäten in der Zeit vor der Militärintervention sowie programmatische Passagen aus Broschüren, 1. Mai-Aufrufen et cetera. Der Chef-Ankläger der Militärstaatsanwaltschaft warf den Angeklagten anlässlich eines Gesprächs mit uns in einer die Anklage erläuternden Eingangserklärung vor, die Angeklagten hätten sich zum Ziel gesetzt, "die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen". Die Angeklagten seien "Marxisten-Leninisten", da sie die Einheit von ideologischem, wirtschaftlichem und politischem Kampf betont hätten. Diese Prinzipien hätten Marx und Engels in der 1. Internationale festgelegt.

Die Angeklagten seien zudem "Anarcho-Syndikalisten", da in einer Broschüre von DISK formuliert sei, "der politische Kampf sei die höchste Form des Klassenkampfes" und DISK sich insoweit als "Quasi-Partei" begriffen habe.

Das strategische Ziel des DISK-Prozesses scheint uns darin zu liegen, die gewerkschaftlich orientierte Arbeitnehmerschaft abzuschrecken und eine wirksame gewerkschaftliche Interessenvertretung auf Dauer unmöglich zu machen. Die übermäßig lange Prozeßdauer mit entsprechender öffentlicher Begleitung ist dafür ein Indiz (Prozeßende vermutlich im Sommer 1984 nach dann fast dreijähriger Verhandlung vor dem 2. Militärgericht). Die innergesellschaftliche Abschreckungsstrategie verläuft an einer doppelten Front. Der vor einigen Wochen mit der Verhängung hoher Gefängnisstrafen abgeschlossene Militärprozeß gegen führende Mitglieder des türkischen "Friedens-Komitees" (darunter unter anderem der 1. Vorsitzende der türkischen Ärztevereinigung, der 1. Vorsitzende des türkischen Schriftstellerverbandes, der 1. Vorsitzende der Istanbuler Rechtsanwaltskammer) hat die gewaltsame "Befriedung" der kritischen Intelligenz im Auge. Mittels exemplarischer und drakonischer Militärgerichtsurteile sollen kämpferische Gewerkschaften und kritisches Bürgertum, die sich beide auf ihre Art mit dem gesellschaftlichen Status Quo nicht abfinden wollen, auf Dauer unschädlich gemacht werden.

Die formell, aber auch von der kaum geschwundenen Mitgliedersubstanz noch bestehende DISK-Gewerkschaft wird 1984 aufgelöst werden, da sie mangels legaler Möglichkeit die Voraussetzung für das Überleben jeder türkischen Gewerkschaft, nämlich die Durchführung eines Gewerkschaftskongresses bis spätestens 1983, nicht erfüllen kann. Einflußreiche gewerkschaftliche Gesprächspartner sehen als einzigen Ausweg nur die Möglichkeit massenhafter Übertritte in die TÜRK-İS; dabei spielt zusätzlich der Gesichtspunkt eine Rolle, auf diesem Weg Einfluß auf die inhaltliche Orientierung von TÜRK-İS zu nehmen, in der es traditionell eine starke, nahe an die Mehrheit heranreichende sozialdemokratisch orientierte Gruppierung gibt.

Einhellige Auffassung der Gesprächspartner war, daß internationalen Beobachtergruppen bei aller Verhärtung der türkischen Strukturen dennoch in begrenztem Maß eine Schutzfunktion für die politischen Gefangenen zukommt. Wir konnten während unseres Aufenthalts im Verhandlungsgebäude auf dem Militärgelände Metris feststellen, daß die Gefangenen uns sehr aufmerksam zur Kenntnis nahmen. Die psychologisch-moralische Hilfsfunktion ist nicht zu unterschätzen. Die DISK-Angeklagten sind nur ein Teil von insgesamt mehr als 30.000 politischen Gefangenen. Der öffentliche Druck aus Westeuropa auf die türkischen Militärs in Richtung Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, die wegen ihrer politischen Überzeugung und daraus abgeleiteten Aktivitäten, die bis zur Militärintervention legal waren, müßte wesentlich verstärkt werden. Die SPD muß schon aus Gründen der traditionellen deutsch-türkischen Freundschaft eine herausragende Rolle spielen. Dabei sollte neben grundsätzlichen Solidaritätsaspekten mitbedacht werden, daß die überwiegend sehr jungen politischen Gefangenen, die mit zu den besten Nachwuchskräften der Türkei zählen, irgendwann die Gefängnisse verlassen werden und die Richtung des dann einzuschlagenden Weges für sie, ihre Freunde und Verwandten auch davon abhängig sein wird, ob und wie sie in schlimmen Zeiten Solidarität von demokratischen Organisationen des Westens empfangen haben.

(-/30.1.1984/ks/va)

+ + +

(Fortsetzung folgt)



D O K U M E N T A T I O N

Liberalität. - an den Maßstäben von Theodor Heuss gemessen

---

Der baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Ulrich Lang hat anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, ein Grußwort gesprochen. Der SPD-Pressedienst dokumentiert das Grußwort:

"Ein Grußwort soll locker sein, hübsch gedrechselt, angereichert mit passenden Zitaten, freundlich - kurzum, es sollte den Gang einer festlichen Veranstaltung tunlichst wenig aufhalten und die friedliche Stimmung nicht stören.

Ich verkenne mir daher jegliche Anspielung auf den Zusammenhang vom Ort der Preisverleihung mit einem nicht näher bestimmten politischen Termin Ende März. Ich hüte mich auch vor dem Versuch, den unstreitigen persönlichen Liberalismus des Preisträgers anzuzweifeln, indem ich über die Mitglieder seines Berliner Senats rasoniere.

Viel unverfänglicher ist da das Blättern im Oeuvre des ersten Bundespräsidenten. Da ist zum Beispiel die Rede von einem Landsmann, der, 'das schwäbische Epigonentum durchbrechend, sich in Berlin geistig festsiedelte und für die Selbstgerechtigkeit seiner engeren Heimat allerhand Skepsis hatte'. Richard von Weizsäcker, der gebürtige Stuttgarter, kann hiermit kaum gemeint sein, da der kleine Essay bereits 1920 erschienen ist. Für den, den es interessiert: Es ging um Cäsar Flaischlen. Aber hübsch ist die Analogie doch; und die zitierte Passage zeigt noch etwas anderes, was den wahren Liberalen auszeichnet: Die Fähigkeit sich selbst den Spiegel vorzuhalten, die eigene Position, ja sogar die eigene Tradition ständig zu überprüfen - Theodor Heuss, sonst der Schwabe schlechthin, ist in dieser Beziehung nicht gerade typisch schwäbisch.

Oder eine andere Lese Frucht: Vor 24 Jahren hielt Heuss in Blankenese eine großartige Rede, publiziert unter dem Titel 'Soldatentum in unserer Zeit' - deren Lektüre gerade in diesen Tagen gewissen Leuten anzuraten wäre. Da steht: 'Die Alten haben die Chance, von den Jungen etwas zu lernen, nämlich dann, wenn sie gescheit sind und Älter-Werden nicht für ein Verdienst halten'. Man könnte diesen Satz in seiner eindrucksvollen Weisheit einfach so stehen lassen, aber einen politischen Schlenker kann ich mir doch nicht ganz verkneifen: Das, was Heuss, jener liberale Kronzeuge, da vor der Führungsakademie der Bundeswehr ausgesprochen hat, ist nicht gerade ein konservatives Glaubensbekenntnis - das klingt schon eher verdächtig sozialliberal!

Und derselbe Heuss erinnerte in dieser Rede - also lange bevor man von 'innerer Führung' sprach - daran, daß die Idee der 'l armée nouvelle', des demokratischen und zugleich geistig durchgeschulten Heeres, ausgerechnet von Jean Jaurès stammt, also von einem Franzosen und - was noch viel schlimmer ist - einem Sozialdemokraten!

Worte und Schriften des großen Liberalen, in dessen Name heute ein Preis und mehrere Medaillen verliehen werden, berechtigen mich, von der großen Verpflichtung zu sprechen, die mit dieser Ehrung verbunden ist. Politiker behaupten immer, gleich welcher Couleur, liberal zu sein; messen wir sie mit den Maßstäben, die Theodor Heuss gesetzt hat, bleiben nicht viele übrig. Sie werden von mir keine Bewertung des Preisträgers Weizsäcker erwarten. Seine größte Bewährungsprobe wird erst - aller Voraussicht nach am 23. Mai (an meiner Stimme wird es nicht scheitern) - beginnen. Was die Stiftungsverantwortlichen ihm zutrauen, haben sie mit seiner Wahl für den Theodor Heuss-Preis gezeigt; was die Sozialdemokraten von ihm erwarten, wird man sehen, wenn die Stimmen der Bundesversammlung gezählt sind.

Im Namen von SPD-Landesverband und SPD-Landtagsfraktion spreche ich dem Preisträger und den mit der Verleihung der Theodor Heuss-Medaille Geehrten herzliche Glückwünsche aus."

(-/30.1.1984/ks/va)

+ + +

